



DIE LINKE.

STANDPUNKTE **Gert Winkelmeier, MdB**

... weg mit Hartz IV!

Mit der Agenda 2010 hat die neoliberale Politik in Deutschland einen unrühmlichen Höhepunkt gefunden. Vorangetrieben von einer Allianz aus Arbeitgeberverbänden, Kapitalbesitzern, Bundesregierung, FDP und CDU/CSU werden die Lasten globaler Standortkonkurrenz auf die Beschäftigten und die Erwerbslosen abgewälzt. Die Hartz IV Regelungen, von der ehemaligen SPD/Grüne-Regierung verabschiedet, gehört zu den übelsten Auswüchsen dieser Agenda. Für viele Menschen bedeutet dies: Armut per Gesetz.

Wir brauchen endlich eine Politik gegen Armut und Ausgrenzung. Dazu gehören die sofortige Einführung eines gesetzlichen Mindestlohnes und einer bedarfsorientierten, repressionsfreien Grundsicherung.

Mit den Hartz-Reformen, insbesondere Hartz IV, hat die SPD in Kumpanei mit den Grünen ihre Rolle als Schutzmacht der "kleinen Leute" preisgegeben. Sie ist eingeschwenkt auf eine politische Linie, deren Ergebnisse heute zu besichtigen sind:

Nicht nur Erwerbslose sind betroffen: Hartz IV fordert Arbeit um jeden Preis – auch ohne Bezahlung. Neue Zumutbarkeitsregeln zwingen Arbeitslose, Jobs mit einer Bezahlung bis zu 30% unter Tarif anzunehmen. Diese Regelungen betreffen mit ihren Unzumutbarkeiten inzwischen nicht selten einen großen Teil der so genannten Mittelschicht. Millionen Menschen geraten sozial an den Rand der Gesellschaft, werden erpressbar für Arbeitszeitverlängerungen, Lohnverzicht und Zugeständnisse am Arbeitsplatz.

Wir fordern:

- Zusätzliche Arbeitsplätze statt 1-Euro-Jobs, besonders im gemeinnützigen Bereich. Dafür sollten die Mittel für Hartz IV, Wohnung und 1-Euro-Job zusammengelegt und als Lohn für sozialversicherungspflichtige Arbeitsplätze ausgezahlt werden
- Die sofortige Anhebung von Hartz IV auf 420 Euro, die Erhöhung der Freibeträge für Ersparnisse zur Alterssicherung und keine Anrechnung von Partnereinkommen
- Die Einführung einer bedarfsorientierten sozialen Grundversicherung, die vor Armut schützt
- Die Umverteilung der vorhandenen Arbeit. Durch generelle Arbeitszeitverkürzung und den Abbau der überhandnehmenden Überstunden sollen neue Arbeitsplätze geschaffen werden



Auftrieb für Rechtsradikale

Schon immer waren Angst, Unsicherheit und Verarmung in Deutschland der Nährboden für nationalistische und rassistische Ideologie. Die unsoziale Politik der Agenda 2010 spielt auch hier den rechten Rattenfängern in die Hände. Politisch ist Hartz IV ein brandgefährliches Spiel mit dem Feuer, denn Rechtsradikale versuchen die Unzufriedenheit für ihre Zwecke zu nutzen.

Wahlkreisbüro

Gert Winkelmeier, MdB

gert.winkelmeier@wk.bundestag.de

Marktstraße 31

56564 NEUWIED

Tel.: 02631 / 345391

Fax: 02631 / 824520

Öffnungszeiten:

Mittwoch: 9.00 - 16.00 und 17.00 - 19.00 Uhr

Freitag: 9.00 - 12.00 Uhr

Haben Sie Interesse an der Politik der Partei **DIE LINKE**? Schreiben Sie oder rufen Sie an, wir informieren Sie gerne.



Rente mit 67 ist staatlich verordnete Altersarmut

Mit dem Kabinettsbeschluss zur Rente mit 67 wollen Merkel und Mitsreiter die Rente armutsfest machen: „Die Bundesregierung redet von armutsfesten Renten, fest steht bei den Renten aber lediglich die Altersarmut“, kritisiert Volker Schneider, rentenpolitischer Sprecher der Fraktion *DIE LINKE*. im Bundestag.

Der entsprechende Gesetzentwurf sieht eine schrittweise Anhebung des gesetzlichen Renteneintrittsalters von 65 auf 67 zwischen den Jahren 2012 und 2029 vor. Zugleich tritt kurzfristig eine Stichtagsregelung zur Altersteilzeit in Kraft, die zu erheblichen Verschlechterungen bei den Betroffenen führt.

„Nach meiner Auffassung bedeutet die Rente mit 67 nichts anderes als ein Rentenkürzungsprogramm. Und dies in mehrfacher Hinsicht: Zum einen bedeutet der Entwurf eine um zwei Jahre verkürzte Rentenbezugsdauer und somit eine Rentenkürzung im Jahr 2030 um über 40.000 Euro. Zum anderen werden viele Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen aufgrund ihrer beruflichen Belastung nicht länger arbeiten können. Weitere Rentenkürzungen um bis zu 7,2 Prozent sind die Folge.“

Deshalb wendet sich die Fraktion *DIE LINKE*. im Bundestag entschieden gegen die Anhebung des gesetzlichen Renteneintrittsalters. Sie fordert stattdessen eine sozial gerechte Rentenreform. Sozialverbände und Gewerkschaften sowie viele andere gesellschaftliche Kräfte sind sich mit der Fraktion *DIE LINKE*. einig, dass es Alternativen zur gegenwärtigen Rentenpolitik der Großen Koalition gibt.

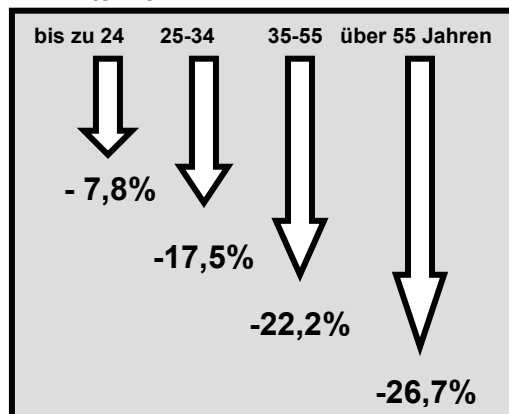


Karikatur RULLE / Berliner Morgenpost

**Weiblich, älter...
...und weniger Geld**

Im Schnitt verdienen Frauen in der Bundesrepublik 23 Prozent weniger als ihre männlichen Kollegen. Je älter jedoch die Beschäftigten sind, desto größer ist auch der Einkommensrückstand.

Im Vergleich zu ihren gleichaltrigen männlichen Kollegen verdienen Frauen im Alter von...



Die klaffende Lohnschere im Alter hat folgende Hintergründe: Jüngere Frauen sind im Schnitt deutlich höher qualifiziert. Nachteile durch erzieherische bedingte Berufsunterbrechungen fallen bei ihnen (noch) nicht ins Gewicht. Bei älteren Frauen wirken sich hingegen die Karrierenachteile gegenüber den männlichen Kollegen stärker aus. Und noch immer gilt: Frauen bekommen für die gleiche Arbeit weniger Geld als Männer.

Quelle: www.frauenlohnspiegel.de / ND

Die Furcht vor Arbeitslosigkeit leitet sich aus einer häufig zu kurzfristigen oder nur betriebsbezogenen Betrachtungsweise ab.

Edzard Reuter (*1928), dt. Topmanager, 1987-95 Vorstandsvors., 1995-96 AR-Mitgl. Daimler-Benz AG